

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 27. Mai 2000

111. Jahrgang Nr. 31.251

Neue Sparmaßnahmen der Regierung Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst und Personalabbau

Nach wiederholten Vertrauenserklärungen in Richtung seines in die Kritik geratenen Wirtschaftsministers José Luis Machinea hat Präsident Fernando de la Rúa am Freitag das neue Haushalts-Sparpaket verkündet. Ziel der Maßnahmen ist eine Einsparung von 600 Millionen Pesos bei den öffentlichen Ausgaben sowie eine Vertiefung der strukturellen Reformen, die in der zweiten Regierungszeit von Carlos Menem zwischen 1995 und 1999 nicht durchgeführt wurden.

Die von de la Rúa verkündeten Maßnahmen sehen neben Fusionen und der direkten Schließung von dezentralisierten staatlichen Einrichtungen auch eine tiefgehende Neuordnung der Bundesverwaltung der Öffentlichen Einnahmen, AFIP, des Rentnersozialwerkes PAMI sowie des Staatlichen Lebensmittelüberwachungsinstitutes vor.

Die Einsparungen schließen Gehaltssenkungen im öffentlichen Dienst ein, die jedoch generell die Angestellten mit Einkommen über 2000 Pesos monatlich betreffen. Auch soll ein Register erstellt werden, in welchem sich Beamte für das freiwillige Ausscheiden eintra-



Präsident und Wirtschaftsminister beim Sparpaket auf einer Linie.

gen können. Damit soll die Zahl der Staatsangestellten „sozialvertraglich“ gesenkt werden.

De la Rúas Botschaft kündigte auch eine Beschleunigung der De-regulierung der Sozialwerke an, die letztlich in einen freien Wettbewerb zwischen gewerkschaftlichen Sozialwerken und privaten Krankenversicherern führen soll.

Die Allianz-Regierung will mit dem Sparpaket ein Zeichen für Investoren setzen, dass es in der Regierung von de la Rúa „keinen Raum für Kursänderungen“ gebe, sondern ein Festhalten an der zum

Regierungsantritt angekündigten Wirtschaftspolitik.

Auch dient die Erklärung des Präsidenten der Erhaltung der Allianz-Disziplin und der Klarstellung, dass die Sparmaßnahmen Folge der Entscheidung des Präsidenten und nicht der Launen eines Ministers sind.

Andererseits war es an der Zeit, dass die Regierung nach drei Wochen, in denen sie angesichts der Ereignisse ins Hintertreffen geraten schien, die Flucht nach vorn antrat. Dem Sparpaket waren am vergangenen Wochenende Diskussionen um die Amtsführung von Wirtschaftsminister José Luis Machinea vorausgegangen.

In der Residenz von Olivos hatten zuvor beide Politiker mit mehreren Treffen alle Versionen über einen möglichen Rücktritt Machineas auf Grund Erklärungen des SIDE-Chefs Fernando de Santibañas widerlegt. Dieser hatte zuvor das Scheitern von Einschränkungen der öffentlichen Ausgaben kritisiert und von einem Rücktritt Machineas gesprochen. Am Sonntagabend stellten sich bei einem Arbeitessen dann mehrere Mitglieder des Kabinetts demonstrativ hinter den Wirtschaftsminister und lobten dessen Arbeit.

Zukunftsreicher Chinahandel

Vizeausenminister Chighizola, der China mit einer Gruppe von 52 argentinischen Unternehmern besucht, erklärte, in den nächsten fünf Jahren würde sich der Warenaustausch mit China von derzeit US\$ 1,5 Mrd. im Jahr auf US\$ 3 Mrd. verdoppeln. Die gegenseitige Handelsbilanz begünstige derzeit China und wies im letzten Jahr einen Überschuss von US\$ 500 Mio. zu Gunsten des asiatischen Geschäftspartners aus. Argentinien müsse seine Angebotspalette erweitern und den Unterschied ausgleichen.

Der chinesische Markt sei besonders für die Nahrungsmittelproduktion der argentinischen Landwirtschaft empfänglich. Im vergangenen März konnte die argentinische Handelsmission von China bereits für 78 dieser Erzeugnisse Zollpräferenzen und den Abbau sanitärer Handelsschranken erwirken. Im Gegenzug wird Argentinien den Eintritt Chinas in die WHO unterstützen.

Rechtsstreit um Minera Alumbra beigelegt

Der Streitfall um die Abgaben, die die Firma Minera Alumbra für die Ausbeutung des bisher grössten Gold- und Kupfervorkommens Argentiniens, in der Provinz Catamarca, an die Provinzregierung zu entrichten hat, wurde durch das abgeänderte Bundesgesetz über Bergbauinvestitionen beigelegt.

Die argentinische Gesetzgebung legt fest, dass das Bergbauunternehmen 3% seines Produktionswertes als Abgabe zu entrichten hat. Zu diesem Wert gelangte man, indem von dem Endwert des Fördergutes alle erforderlichen Spesen und Kosten abgezogen wurden. Die Provinzregierung von Catamarca verabschiedete jedoch ein eigenes Gesetz, nach dem sie 3% auf den Endwert des gewonnenen Erzes berechnet.

Der langanhaltende Streitfall konnte durch eine Änderung des Bergbaugesetzes geglättet werden, das eine Kompromisslösung ist. Das Bergbauunternehmen darf wohl die für die Förderung notwendigen Kosten und Spesen abziehen, nicht jedoch die Abschreibungen, die in der Praxis knapp 20% der errechneten Abzüge ausmachten.

Kirche prangert soziale Missstände an

In seiner Predigt zum 25. Mai in der Kathedrale machte der Erzbischof Bergoglio ausdrücklich auf die sozialen Missstände der argentinischen Gesellschaft aufmerksam und forderte seine Landsleute auf, die gemeinschaftlichen Bande ausgehend von der Hoffnung neu zu begründen. Er verglich die Gesellschaft mit einem Trauerzug, in dem zwar alle mitmarschieren und den Anverwandten Trost spenden, aber keiner den Leichnam auf seine Schultern nimmt. Der Kirchenoberste machte in seiner Predigt zwei Entwicklungen für die Missstände der argentinischen Gesellschaft verantwortlich. Zum einen die fehlende Rücksichtnahme auf den Nächsten, zum anderen die schmerzvolle Bresche zwischen denen, die haben und denen, die nicht haben. Beiden Fehlentwicklungen müsse entschlossen entgegen gearbeitet werden, und dabei reichten nicht allein Regierungsprogramme, sondern es müsse ein Umdenken aller Argentinier stattfinden hin zu mehr Solidarität und Toleranz. Mit alten Vorurteilen gegenüber Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, müsse aufgeräumt werden. Die Marginalisierten sollten wieder als Menschen betrachtet werden, die mehr darstellen als potentielle Wähler.

Die Führung der katholischen Kirche Argentiniens setzt sich in letzter Zeit verstärkt für die sozialen Belange des Landes ein. Damit folgt sie der Linie von Papst Johannes Paul II. Ausdruck dessen ist nicht zuletzt die am Mittwoch gewährte moralische Unterstützung des Protestmarsches, zu dem der Führer der dissidenten CGT, Moyano, aufgerufen hatte.

Moralische Geste gegen IWF

Kirche gibt CGT-Rebell Moyano Plazet für Protest gegen Weltwährungsfonds

In einer ungewöhnlichen Entscheidung hat die Katholische Kirche Argentiniens am Montag beschlossen, dem Protestmarsch von Hugo Moyano geführten Dissidenten-CGT am 31. Mai gegen die Sparpolitik des Weltwährungsfonds ihre moralische Unterstützung zu gewähren. Die präzedenzlose Entscheidung wurde der Arbeitgeberzentrale der Rebellen durch den Episkopatsvorsitzenden Kardinal Raúl Primatesta durch ein persönliches Schreiben an Moyano mitgeteilt. Es ist die Antwort auf eine ebenso schriftliche Aufforderung des Chefs der Dissidenten-CGT, sich mit dem Protest „solidarisch“ zu erklären. Das Datum der Demonstration ist nicht von ungefähr gewählt, denn an diesem Tag trifft eine FMI-Delegation in Buenos Aires ein. Allerdings ist die Botschaft des Kardinals in sehr gemäßigten Worten abgefasst. Primatesta begnügt sich mit der Feststellung, dass der Marsch mit „der wiederholten Forderung“ von Papst Johannes Paul II. „übereinstimme“, der fortgesetzt für eine Neugestaltung und Reform des FMI und der Welt-

bank eintrete. Dazu setzt Primatesta den Gewerkschafter darüber in Kenntnis, dass er zu dem Protest den Episkopatssekretär Guillermo García Caliendo als Beobachter entsenden werde.

Aus Kirchenkreisen verlautet dazu, dass es sich bei Primatestas Antwort um eine Art „moralische Begleitung“ handle. Den Äußerungen der Kirche seien Grenzen gesetzt, so hieß es, und man könne nicht weiter gehen, da es der Kirche nicht zustehe, „ein Aktivist mehr zu sein“.

Das Verhalten von Primatesta ist Teil einer weltweiten Vertiefung der Besorgnis der Kirche über die neoliberale Politik. Die Bischofskonferenz Argentiniens ist dabei, diese Besorgnis mehr und mehr zu unterstützen. Der Entschluss Primatestas einer „moralischen Unterstützung“ Moyanos und des Protestmarsches wurde erleichtert durch die Versicherung des Gewerkschaftlers, der Marsch werde nicht für eine Partei veranstaltet und es würden ausschließlich argentinische Fahnen mitgeführt.

Stadt als Herausforderung für Ibarra

Ein erdrückender Berg von zu lösenden Problemen

In zwei Monaten, wenn Anibal Ibarra und Cecilia Felgueras die Stadtregierung übernehmen, werden sie sich zwei völlig verschiedenen Realitäten gegenüber sehen. Einerseits sind die Finanzen saniert, der Haushalt ausgeglichen, es gibt ausreichende Mittel für öffentliche Bauvorhaben, die Arbeiten für die Ausdehnung des U-Bahnnetzes sind im Gange und die Erneuerung der Uferstraße Costanera in ihrer Endetappe - neben anderen sozialen und sanitären Plänen ihrer Vorgänger Fernando de la Rúa und Enrique Olivera in den vier vergangenen Jahren.

Andererseits aber scheinen die Dinge für die Allianz nicht so gut zu stehen. Die neue Obrigkeit wird sich einer Reihe von Problemen stellen müssen, die von den Bürgern nicht vergessen wurden, und deren Lösung von den jeweiligen Stadtverwaltungen fortgesetzt ver-taget wurde.

* Wenn auch die Regierungen des Landes und der Stadt die gleiche politische Coleur haben, so konnten sie sich doch über die Übertragung eines Sektors der Bundespolizei an die Stadtregierung, die wiederholt angekündigt wurde, nicht einigen. Ohne diese grundlegende Voraussetzung wird die neue Stadtregierung wenig zur Senkung der Kriminalitätswelle in der Hauptstadt tun können.

* Das heftige Unwetter, das in der vergangenen Woche die Stadt heimsuchte, enthüllte die schwerwiegenden Mankos im Abflusssystem, unter denen die Stadt immer noch leidet. Wie selten zuvor waren die Stadtteile Núñez, Palermo und Belgrano überflutet.

* Immer noch bestehen Kor-

ruptionsherde in der ehemaligen Verwaltungskontrollbehörde, einer Einrichtung, die immer schon einen mehr als üblen Ruf genoss. In den letzten Tagen geriet die Institution neuerlich ins Zwielficht, als sechs ihrer Inspektoren unter dem dringenden Verdacht festgenommen wurden, Bestechungsgelder von Geschäftsleuten verschiedener Stadtteile verlangt zu haben.

* Niemand untersucht die Brände in der Reserva Ecológica (Naturschutzgebiet). Die größte „grüne Lunge“ der Stadt erlitt zahlreiche Brandanschläge, die von den Behörden bisher nicht unter Kontrolle gebracht werden konnten. Kein Brandstifter wurde bisher verurteilt und inhaftiert, obwohl mehrfach Täter auf frischer Tat ertappt wurden.

* Auf Straßen und Plätzen der Stadt stehen derzeit mehr als 33.000 herrenlose Autos. Sie wurden bisher nicht entfernt, weil in den entsprechenden Sammelstellen der Stadt kein Platz ist.

* Im Zusammenhang mit dem Verkehr besteht eine unerklärliche Schuld: der Start der mehr als fünf Jahre auf die lange Bank geschobenen „verificación técnica vehicular“ (VTV, Technische Fahrzeugüberprüfung), die in der Provinz Buenos Aires bereits praktiziert wird. Mit dem System könnten Fahrzeuge, die eine Gefahr darstellen, aus dem Verkehr gezogen werden.

* Ein seit mehr als zwei Jahrzehnte zur Lösung anstehendes Problem ist der Bau der Stadtautobahn am Fluss nach Puerto Madro. Wenn auch bestätigt wurde, dass es keine Hochstraße auf Stel-

len sein wird, weiß keiner, wie das Projekt aussehen und wann der Bau beginnen wird.

Die Liste kann noch fortgeschrieben werden. Da ist die endgültige Bestimmung des Stadtflughafens Aeroparque, den Ibarra nach Ezeiza umsiedeln will. Die Nationalregierung aber will ihn unbedingt an seinem jetzigen

Standort belassen. Schlaflose Nächte bereiten Ibarra zu allem Übel die Transvestiten, die seit dem Inkrafttreten des „Código de Convivencia“ (Zusammenlebensrichtlinien) in Palermo als leichtbekleideter Bürgerschreck ihre „Dienste“ anbieten. Sowohl Ibarra als auch Felgueras steht also noch einiges bevor.

Kontroverse Arias-Gorriarán Merlo

Der PJ-Abgeordnete César Arias hat am Sonntag Äußerungen des Ex-Guerrillaanführers Enrique Gorriarán Merlo als eine „unverschämte Lüge“ bezeichnet. Gemäß Gorriarán Merlo sei der Ultramenemist im August 1998 im Gefängnis von Villa Devoto erschienen und habe ihm und seinen an dem Überfall auf die Kaserne in La Tablada beteiligten Genossen die Freiheit zugesichert. Der Preis: es sollte erklärt werden, der Überfall sei mit Raúl Alfonsín abgesprochen gewesen. Arias war seinerzeit zwei Mal in Villa Devoto und war bei seinem zweiten Besuch von einem Pressereporter fotografiert worden. Bei dieser Gelegenheit, so heißt es, habe Arias neuerlich Gorriarán Merlo nahegelegt, „dem Präsidenten (Carlos Menem) die Sache zu erleichtern, indem er diese Angabe im Zusammenhang mit La Tablada mache“. Grund sei zweifellos die Kampagne für die Wiederwahl gewesen und die Internwahl der Allianz sollte mit der Verleumdung gestört werden, wie Gorriarán Merlo glaubt.



**SERVICIOS
DIGITALES**

www.multimedia.com.ar

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

WOCHENÜBERSICHT

Diätensenkung

Die Abgeordneten und Senatoren der Allianz haben am Montag im Kongress ein Gesetzesprojekt vorgestellt, im dem eine Angleichung der Gehälter der Beamten, Abgeordneten und Senatoren vorgesehen ist. Die Initiative, die von einigen politischen Sektoren der Provinzen abgelehnt wird, wurde von dem Abgeordneten José Genoud (UCR-Mendoza) in Abstimmung mit der Exekutive verfasst.

Pro Behinderte

Die Abgeordnetenkammer hat ein Gesetz verabschiedet, das Privatunternehmen, die heute die öffentlichen Dienste leisten, verpflichtet, behinderte Personen einzustellen. Die von dem Allianz-Abgeordneten Héctor Polino eingebrachte Vorlage, die noch vom Senat absegnet werden muss, verpflichtet auch Behörden, vier Prozent ihrer Planstellen mit Behinderten zu besetzen.

Argüello Fraktionschef

Die Koalition „Encuentro por la Ciudad“ von Domingo Cavallo und Gustavo Beliz hat den Peronisten Jorge Argüello zum Vorsitzenden der Fraktion von 20 Abgeordneten im Stadtparlament gekürt. Der „EC“ gehören Politiker der Parteien Acción por la República, Nueva Dirigencia und dem Peronismus an.

ATE-Marsch

Die Gewerkschaft der Staatsangestellten ATE wird am 14. Juni als Protest gegen die Sparmaßnahmen der Regierung einen Demonstrationmarsch zur Playa de Mayo veranstalten. ATE-Generalsekretär Juan González sagte im Zusammenhang mit den sozialen Konflikten in verschiedenen Provinzen vor der Presse, die Sparmaßnahmen seien das Gleiche, „wie Benzin ins Feuer zu schütten“.

Wiedereinstellung

Der Oberste Gerichtshof hat das Gesundheitsministerium angewiesen, einen Arzt aus Córdoba, der 24 Jahre für den Staat arbeitete und 1996 entlassen wurde, umgehend wieder einzustellen. Grund für die damalige Entlassung des Arztes war, dass er nicht Mitglied der Gewerkschaft UPCN war.

Servini de Cubría

Bundesrichterin María Servini de Cubría hat am Dienstag die Kongresskommission für Menschenrechte über die von ihr im Zusammenhang mit der Untersuchung mehrerer Fälle von Baby-Raub erhaltenen Morddrohungen informiert.

„Rehue“-Rückgabe

Vertreter der Mapuche-Indianer und die Administración de Parques Nacionales (APN, Nationalparkverwaltung) haben am Dienstag die Rückgabe eines sogenannten „Rehue“, eines für die Mapuches heiligen Ortes im Nationalpark Lanín vereinbart. Bei der Gründung dieses Naturschutzgebietes waren die Indianer vertrieben worden und verloren so das Recht, an dem „Rehue“ ihren religiösen Gebräuchen nachzugehen.

Obelisk 64 Jahre alt

Das Wahrzeichen der Stadt, der Obelisk, ist am Dienstag, seinem 64. Geburtstag, erstmals mit der Fahne der Stadt geschmückt worden. Der Festakt geschah in Anwesenheit von Regierungschef Enrique Olivera. Die im Septem-

ber 1995 eingeführte Fahne der Stadt zeigt auf weißem Grund das vonn . Die Fahne geht auf den Vorschlag des heutigen UCR-Senators José María García Arecha zurück.

Ersatz für 500 Bäume

Vier Tage Regen und Sturmböen von mehr als 100 Stundenkilometern waren für viele Bäume in der Stadt zuviel. In wenigen Stunden fielen dem Unwetter rund 500 Bäume zum Opfer. Während die Stadtverwaltung schätzt, in 40 Tagen alle Stämme und Äste aus den Straßen entfernt zu haben, haben die Planungen für den Ersatz bereits begonnen. Allerdings gehen die Fachleute davon aus, dass die Bürger der Stadt mehr als 80 Jahre warten müssen, bevor die „Ersatzbäume“ die Größe und Dichtelaubtheit der „gefallenen“ erreicht haben werden.

Besuch bei Evakuierten

Präsidentengattin und „First Lady“ Inés Pertiné hat am Montag gemeinsam mit der Frau von Gouverneur Carlos Ruckauf, María Isabel Zapatero, auf Grund

des Unwetters der Vorwoche evakuierte Familien im bonaerenser La Matanza besucht.

Argentinischer Wein

Leo Blair, der Vater des britischen Premierministers Tony Blair, hat nach Angaben der Zeitung „The Sunday Times“ die Geburt seines neuen Enkels Leo am Samstag mit argentinischem Wein gefeiert. „Mit einem Lächeln, zwei Schluck roten argentinischen Weins und den Worten ‚jetzt sind wir zwei‘ toastete der Großvater auf den Enkel“, sagte der Premier der Zeitung.

Eröffnung

Buenos Aires hat seit Dienstag ein neues Hotel. Das wenige Schritte vom Stadtflughafen Aeroparque an der Costanera Norte gelegene 4-Sterne-Haus für Manager gedacht, die zu Geschäften in die Stadt kommen. Das Hotel der nordamerikanischen Microtel Inn hat in drei Stockwerken 75 Zimmer, deren Hälfte Sicht auf den Golfplatz des Komplexes Costa Salguero und den Río de la Plata hat.

INVIERTA EN DIAMANTES



PREMIUM



KOH-I-NOOR, la marca del diamante, presenta su Nueva Línea KOH-I-NOOR PREMIUM. Una completa gama de modelos de Heladeras, Heladeras con Freezers y Freezers. Frentes curvos, acabados blancos, blancos. Y toda la nobleza y confiabilidad de la tecnología alemana.

NUEVA LINEA DE HELADERAS Y FREEZERS

Fabrica y distribuye AUTOSAL S.A. Echeverría 930 (1602) - Florida - Pcia de Buenos Aires - Argentina.
Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800. Con licencia de LIEBHERR-HAUSGERÄTE GMBH Alemania.



(011) 4730-0011
CENTRO
KOH-I-NOOR
DE INFORMACION
Y ASESORAMIENTO
AL USUARIO.

Geldwäscherei im Visier

Nach langen Verhandlungen hat die Exekutive das Gesetz Nr. 25.246 gleich zwei Mal hintereinander im Amtsblatt vom 10. und 11. Mai verkündet. Offenbar hatten sich beim Druck am 10. Mai Fehler eingeschlichen, die am nächsten Tag korrigiert werden mussten. Mit diesem Gesetz wird beabsichtigt, der Geldwäscherei auf die Spur zu kommen und sie zu bestrafen. Die US-Regierung hatte Argentinien gedrängt, ein Gesetz zu erlassen und ein Ermittlungssystem der Geldwäscherei in die Wege zu leiten. Das ist Bestandteil der Bekämpfung des Drogenhandels, der wiederum auf der kräftigen Nachfrage beruht, die in den Vereinigten Staaten immer noch vorherrscht, wiewohl sie im letzten Jahrzehnt angeblich auf die Hälfte gefallen sei. Solange in USA und Europa Drogen massiv konsumiert werden, wird das Angebot dafür sorgen, dass die Nachfrage zu Marktpreisen mit horrend hohen Gewinnmargen befriedigt wird, die Angebot und Nachfrage bestimmen. Die Geldwäscherei ist die unerlässliche Nachwirkung des Drogenhandels, der die Überschüsse irgendwie in Aktiven anlegt und dafür verschlungene Finanzpfade beschreitet. Geldwäscher halten Bankdepositen, kaufen Immobilien und Firmen oder sparen in Aktien und Bonds. Ist ein solches Geschäft vollzogen, dann legalisieren sich spätere Geschäfte nahezu von selber, worauf sich die Metapher der Geldwäscherei bezieht.

Das neue Gesetz reformiert das Strafgesetzbuch, indem bisher unbekannte Straftaten einbezogen werden. Gemeint sind Personen, die Untersuchungen vermeiden, Beweismittel und vor allem Geld verstecken, auf Anzeigen verzichten und den Delinquenten helfen. Für solche Straftaten blühen Gefängnis von sechs Monaten bis drei Jahren, gegebenenfalls auf Bewährung, es sei denn, es handelt sich um ein schweres Verbrechen oder um Gewohnheitsdelikte, die mit verdoppelten Strafen geahndet werden. Ausgenommen sind Hilfen für Ehegatten oder Verwandte.

Geldtransfers über 50.000 Pesos, denen Geldwäscherei innenwohnen, werden mit Geldbussen und Gefängnis bis fünf Jahren, ohne Bewährung, geahndet. Die Exekutive hat hier einen Paragraphen vetiert, der Handlungen bestraft, die mit Verwegenheit oder grober Fahrlässigkeit begangen wurden. Offenbar hatten massgebende Bankiers gegen diesen Paragraphen Einspruch erhoben, weil Geldtransfers nicht immer auf Herz und Nieren geprüft werden können, so dass es besonders schwierig ist, den strafrechtlichen Tatbestand der Verwegenheit oder grober Fahrlässigkeit zu beweisen, ebenso im Gegenteil, dass Bankbeamte weder verwegen noch fahrlässig waren, als ihnen ein illegaler Geldtransfer, lies Geldwäscherei, durch die Maschen geschlüpft ist.

Für die Ermittlung der Geldwäscherei richtet das Gesetz eine neue Amtsstelle ein, genannt Informationseinheit („Unidad de Información Financiera“ UIF). Elf ständige Mitglieder werden sie bilden, die vier Jahre vollamtlich wirken und dem Justizministerium untergeordnet werden. Das Amt kümmert sich um Informationen in Sachen Drogen, Waffenhandel, Verbrechen gegen die Staatsverwaltung, Kinderprostitution und andere Delikte, um Geldtransfers auf die Spur zu kommen, durch die illegale Vermögen legalisiert werden. Das Amt ist befugt, Informationen einzuholen und gegebenenfalls einen Richter zu bemühen, damit das Bank- oder Geschäftsgeheimnis fallweise gelüftet wird, ebenso Anzeigen zu bearbeiten und gelegentlich dem Kongress Bericht zu erstatten.

Unter Informationszwang stehen alle Finanzanstalten, Banken und andere, ferner Finanz- und Börsenmakler sowie öffentliche Register (Handel, Rechtspersonen, Immobilien, Vehikel und Pfand), ferner Antiquare, Philatelisten, Juweliere, Händler von Edelmetallen und -steinen, Versicherungsgesellschaften und -makler, Geldtransporteure, Notare und öffentliche Buchprüfer. Alle sind angehalten, Anzeigen zu erteilen, wenn sie Verdacht über eine mögliche Geldwäscherei schöp-

fen, und Auskunft zu geben, wenn sie vom Amt befragt werden.

Ob diese umständliche Ermittlung tatsächlich Licht auf dunkle Geldwäschereigeschäfte werfen wird, muss skeptisch abgewartet werden. Bargeldgeschäfte, wie sie die zahllosen und vielfach in hohen Beträgen abgewickelten Geschäfte der Schattenwirtschaft, lies Schwarzgeschäfte, erledigen, werden nicht erfasst und dürften in Hinblick auf mögliche Kontrollen und Anzeigen vermehrt benutzt werden. Wem solche Geschäfte auffallen, wenn sie an die Börse, in die Banken, auf registrierbare Objekte und ähnliches gelangen, ist zweifelhaft. Im Übrigen ist das neue Amt UIF nur eine Ermittlungsstelle, weil sie gelegentlich vor einem Strafrichter formelle Anzeige wird erstatten müssen, damit ein Prozess beginnt, der neuerdings öffentlich ausgetragen werden wird. Hier gelten handfeste Beweise, die das Amt auffinden muss, damit sie prozessfähig sind.

Für die Banken, die ausserhalb von Bargeldgeschäften als Kanäle für die Geldwäscherei wirken, ob sie wissend mitwirken oder abseits stehen, eröffnen sich mit dem neuen Gesetz unbekannte Risiken. Jeden einzelnen grösseren Geldtransfer genau zu prüfen, Absender und Empfänger zu untersuchen, die Art und Höhe der Beträge zu erkunden und verbundene Daten zu ermitteln, sind Dinge, die Bankbeamte keinesfalls leicht erledigen, wobei sie die Gefahr laufen, gegebenenfalls in ein Geldwäschereigeschäft einverleibt zu werden, mit dem sie nichts zu tun haben, ausser formell an der Abwicklung von Geldtransfers mitgewirkt zu haben.

Immerhin kann Präsident de la Rúa jetzt getrost Mitte Juni seinen US-Kollegen Clinton in Washington besuchen, ohne dass ihm vorgehalten wird, dass die Regierung der Geldwäscherei tatenlos zusieht, während in USA und Europa, ebenso in Argentinien und anderen Ländern, munter Drogen konsumiert werden, deren Erlös in verschlungene Pfade der Geldwäscherei verschwindet.

Randglossen

Parlamentarier und gewählte sowie ernannte politische Beamte stehen landesweit unter dem Druck der von den Medien aufgeschauchten öffentlichen Meinung, damit sie überhöhte Diäten, Gehälter und Spesen für ihre Günstlinge fühlbar senken. Bei der obwaltenden Wirtschaftskrise mit Rezession und Deflation empfindet man es als skandalös, dass Politiker höhere Einnahmen beziehen und die Steuerzahler berappen, wo Armut und Arbeitslosigkeit vorherrschen und Aktivisten randalieren, Strassen sperren und mit Kundgebungen ihrem Protest Ausdruck geben. Die Nationalregierung bemüht sich um eine solche Begrenzung hoher Einnahmen der Politiker zumal in mehreren Provinzen, doch bleibt abzuwarten, ob die öffentliche Meinung sich durchsetzt. Politiker pflegen Stehvermögen zu beweisen, insbesondere wenn es um eigene Pfründen geht.

Nach der erfolgreichen Stadtwahl in Buenos Aires, die ohne Zweitwahl erledigt wurde, darf sich die Allianz-Regierung anderthalb Jahre lang wahlpolitischer Ruhe erfreuen. Erst etwa im Oktober 2001 werden allgemeine Wahlen zur Erneuerung des gesamten Senats und der Hälfte der Deputiertenkammer abgehalten werden. Diese Wahlen zumal für den Senat werden die parteipolitische Landschaft Argentinien für die nachfolgenden zwei Jahre massgeblich prägen, da die Nachfolge des Präsidenten sowie nahezu aller Provinzgouverneure auf dem Spiel stehen werden. Das pflegt die politischen Gemüter zu erhitzen, wogegen vorerst eine Ruhepause in Aussicht steht, die die Regierung ausnützen sollte, um unerlässliche Reformen zu erlassen, die im wahlpolitischen Kampf nicht durchzusetzen sind.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Krisenstimmung

Wie so oft früher und seit einiger Zeit nicht mehr, ist eine deutliche Krisenstimmung über Argentinien hergefallen. Früher fanden solche Stimmungen ihren Niederschlag in Abwertungen. Seit dieser Ausweg kraft Konvertibilität versperrt ist, melden sich andere Indikatoren zum Wort.

Die Kurse argentinischer Staatsbonds taumelten mit dem Börsensturz und erhöhten die Länderrisikoprämie als Differenz zwischen dem Ertrag solcher Bonds und gleichlanger US-Papiere um mehr als 200 Basispunkte gleich 2% auf 750 Basispunkte über US-Treasuries. Das Schatzamt musste für lokale Plazierungen über 12% gegen anderthalb Prozent weniger vor zwei Monaten bezahlen. Die Prämie für Termindollar sprang von knapp über der Parität auf \$ 1,07 je US\$ wie weiland zur Jahresmitte 1999, als die Präsidentschaftswahlen bevorstanden und niemand wusste, ob die Konvertibilität beibehalten werden würde.

Wie immer bei solchen Krisenstimmungen, waren mehrere Faktoren am Werk. Das abwegige Projekt, die Zinsen der Festgelder zu besteuern, hatte in der Vorwoche die Geister aufgeschreckt und sogleich einen Depositenabzug von mehr als \$ 200 Mio. bewirkt. Nachdem festgestellt worden war, dass das Projekt nicht machbar ist, weil es auf einer falschen Auslegung des Gesetzestextes der Gewinnsteuer beruht, beruhigte sich der Finanzplatz und die Depositen blieben bei den Banken.

Aber der psychologische Schaden blieb. Darauf folgte zeitgleich die Ankündigung, dass die Vorzahlungen der Gewinnsteuer von Unternehmen von 9% im Juni auf 25% der Vorjahressteuer vorverlegt werden, was die Finanzplanung vieler Unternehmen durcheinander brachte und Missstimmung herbeiführte. Fed-Präsident Greenspan folgte mit der erwarteten Zinsanhebung um 0,5% auf 6,5% und der Aussicht, dass im Juni je nach den bis dann bekannten Indikatoren der US-Wirtschaft eine weitere Zinsanhebung blüht. Die Aktien- und Wertschriftenbörsen in New York und Europa verzeichneten Einbussen, die auch auf die Buenos Aires-Börse mit gewaltigen Baissen abfärbte. Der Merval-Index fiel unter 450 Punkte, rund 200 Punkte weniger als vor einigen Wochen.

Diese Krisenstimmung geriet nahezu in Panik, als das Fernsehgespräch des SIDE-Chefs und Vertrauten des Präsidenten, Fernando de Santibañes, mit Marcelo Longobardi bekannt wurde. Da teilte Santibañes kaltblütig mit, dass keinerlei Senkung der Staatsausgaben erreicht worden sei. Diese Kritik wurde an die Adresse des Wirtschaftsministers José Luis Machinea gerichtet, dessen Demission vorweggenommen wurde. Der Platz schäumte mit Gerüchten. Präsident de la Rúa dementierte die Lesart mit einem handschriftlich geschriebenen Dokument, das der Presse in Ablichtung übergeben wurde. Es war entschieden das erste Mal, dass ein Staatschef sein Dementi höchstpersönlich auf Papier schreibt. De Santibañes klärte nachher auf, dass er nicht entfernt daran gedacht habe, Machinea zum Rücktritt zu bewegen.

Die Tatsache, dass die Staatsausgaben nicht abgebaut worden sind, blieb jedoch bestehen. Schatzsekretär Mario Vicens bemühte sich, den Ausgabenabbau ausführlich zu erklären. Die Ausgaben der Staatsverwaltung seien in vier Monaten 2000 um \$ 509 Mio. zurückgegangen, allerdings ohne die Sozialversicherung ANSES und die Zinszahlungen zu berücksichtigen. Freilich wurden den von Provinzgouverneuren abhängigen Lehrkräften zusätzliche \$ 309,2 Mio. ausbezahlt, weil die Regierung beschlossen hatte, die mit der vermaledeiten Kraftfahrzeugsteuer, bekannt als „oblea“, zu finanzierende Gehaltsaufbesserung in den Haushalt aufzunehmen, wie es die Gewerkschaft nahezu zwei Jahre lang pausenlos gefordert und mit der Aufstellung eines Zeltes vor dem Kongress unterbaut hatte. Die Einsparung nahm somit in vier Monaten auf magere \$ 199,2 Mio. ab, immer ohne ANSES und Zinsendienste. Mit letzteren Ausgabenposten dürfte keinerlei Einsparung heraus schauen, wie es De Santibañes behauptet hatte.

Die missliche Lage der Staatsfinanzen im kritischen zweiten Quartal, auf die wir an dieser Stelle mehrmals hingewiesen haben, kommt darin zum Ausdruck, dass das zulässige Defizit von etwa \$ 700 Mio. monatlich im ersten Quartal auf nur rund \$ 200 Mio. im zweiten absackt. Das zulässige Quartalsdefizit wurde bekanntlich bereits im Monat April nahezu aufgebraucht. Im Mai wird ebenfalls ein Defizit von mehreren hundert Millionen Pesos erwartet, so dass Juni mit Überschuss abschliessen muss, damit die Rechnung aufgeht.

Hierfür braut sich in der Wirtschaftsführung eine Korrektur zusammen. Präsident de la Rúa hat die Anweisung erteilt, dass \$ 600 Mio. einzusparen seien. Davon sollen etwa \$ 400 Mio. an Gehältern abgespeckt werden, indem die Arbeitgeberbeiträge des Staates verringert und die Beiträge der Beamten entsprechend angehoben werden. Dadurch würde der Staat sogenannte Lohnnebenkosten sparen, während sie im Umverteilungssystem eingehen, sofern die Beamten nicht für eine private Rentenkasse AFJP optiert haben. Als Alternative plant die Regierung, Beamtengehälter wie weiland 1995 zur Zeit der Tequila-Krise zu kürzen. Hierfür wird der Oberste Gerichtshof bemüht, der solche Gehaltskürzungen absegnen soll.

Darüber hinaus sollen mehrere Ämter zusammengelegt und rationalisiert werden, darunter auch die Krankenkasse der Rentner, genannt PAMI, die Sozialverwaltung ANSES und die Steuer- und Zollbehörde AFIP. Personal soll entlassen und entschädigt werden. All das fruchtet nicht im Juni, sondern später.

Die zahlreichen Etatposten für soziale Zwecke, insbesondere für Arbeitslose, die insgesamt über \$ 3,2 Mrd. allein im nationalen Haushalt ausmachen, sollen nicht gekürzt werden. Allerdings sollen doppelte Zahlungen an gleiche Begünstigte vermieden werden, auch unter Einbezug der Sozialleistungen von Provinzen und Gemeinden an Arbeitslose. Ob es gelingt, eine gemeinsame Aufstellung aller Begünstigten auszuarbeiten, ist erfahrungsgemäss nahezu ein Ding der Unmöglichkeit argentinischer Bürokraten.

Immerhin durchleuchten jetzt die neuen Verwaltungen der ANSES und der PAMI-Kasse die Listen ihrer Rentner, wobei festgestellt wird, dass tausenden verstorbener Rentner weiterhin Renten ausbezahlt und Krankendienste geleistet werden. Monatlich sterben etwa 10.000 Rentner, was ANSES und PAMI erst viel später zur Kenntnis nehmen, weil die Familienmitglieder die Mitteilungen meistens unterlassen. Wer die Renten bzw. die Krankendienste bezieht, ist ein Geheimnis bürokratischer Schlamperei.

Im nationalen Staat sind nach jüngsten Aufstellungen 258.624 Beamte beschäftigt, davon 247.194 ständig, 6.013 auf Zeit und 5.417 unter Vertrag. Gegenüber dem Amtsantritt Menems 1989, als etwa eine Million Beamte beschäftigt waren, verdeutlicht diese Zahl eine gewaltige Rosskur, die durch vermehrte Renten und Sozialleistungen sowie viel höhere Zinsendienste ausgeglichen wurde. Der geplante Beamtenabbau schabt somit am Knochen des Staatsapparates und schmerzt, wie es die lauten Proteste der Beamtengewerkschaften beweisen.

Das Verteidigungsbudget ist laut Minister Ricardo López Murphy in den letzten Jahren beachtlich gesenkt worden. Gegen mehr als 5% des Bruttoinlandsprodukts vor zwanzig Jahren, verbleiben magere 1,1% eines allerdings viel höheren BIP. Gegenüber 1983 ist der Militärhaushalt auf nahezu die Hälfte gefallen, wogegen die Staatsausgaben ohne den Verteidigungsetat um 70% zugelegt haben. Argentinien weist weltweit niedrigste Zahlen von Soldaten je Quadratkilometer, je Grenzkilometer und je Einwohner auf. Auf die gesetzlich verbrieft Jahreszunahme des Verteidigungsetats von 3% wurde für zwei Jahre verzichtet. Der Rotstift muss nach diesen Aussagen woanders angewendet werden, nicht im Verteidigungsetat, in dem allenfalls wertvolle Ländereien verkauft werden können, um Militärananschaffungen zu finanzieren. Im Zeichen der Krisenstimmung mag es der Regierung gelegentlich gelingen, die Provinzregierungen zu überzeugen, auf ihre vielfach skandalös überhöhten Diäten und Gehälter zu verzichten und sie auf etwa 70% der nationalstaatlichen Diäten und Beamtengehälter zu verringern. Die Medien haben diese Initiative aufgenommen und verbreiten überall die Beispiele gewaltiger Diäten und Beamtengehälter in verarmten Provinzen. In der mächtigen Provinz Buenos Aires haben sich dieser Tage die Gemüter in der Legislative geregt und Kürzungen empfohlen. Das sollte landesweit Schule machen. Hinsichtlich Staatsinvestitionen verändert sich inmitten der Krisenstimmung auch die Einstellung des Ministers für Infrastruktur Nicolás Gallo, der bisher darauf bestanden hatte, dass die Staatskasse allerlei Bauprojekte finanzieren müsse. Jetzt schaltet er die Sprachregelung auf Konzessionen mit privatem Kapital und eigenen Einnahmen aus Gebühren um, die durchaus machbar sind und dem Schatzamt keinen Peso kosten. Endlich!

Seuchenfreies Rindfleisch

Wie längst geplant, hat die in Paris ansässige internationale Organisation für Tierkrankheiten Argentinien Mitte der Berichtswoche als frei von Maul- und Klauenseuche ohne Impfwang erklärt. An der Sitzung, an der Vertreter von 150 Mitgliederstaaten ohne Gegenstimme zugunsten Argentinien abstimmten, nahmen Landwirtschaftssekretär Antonio Berhongaray und mehrere Beamte teil. Die Entscheidung folgte nach den vorgeschriebenen zwei Jahren, seit Argentinien aufgehört hat, Rinder zu impfen, weil bereits seit 1994 kein einziger Seuchefall aufgetreten war. Die jahrelangen Bemühungen der Amtsstelle SENASA und der Viehzüchter, die Rinder konsequent zu impfen, hatten ihre Früchte getragen. Die Pariser Entscheidung vollendet den erfolgreichen Kampf gegen die Seuche, die vor über einem Jahrhundert aus Grossbritannien eingeführt worden war und Argentinien seit siebzig Jahren aus dem US-Markt sowie später aus anderen Ländern als Lieferant von Frischfleisch und Innereien ausgeschlossen hatte.

Als Folge der Entscheidung, darf Argentinien künftig den japanischen Markt beliefern, der über eine Million Tonnen Frischfleisch aus USA und Australien einführt. Die Japaner essen besonders fettreiches Fleisch, das Argentinien nicht produziert, sind aber Liebhaber allerlei Innereien, die zollfrei importiert werden dürfen und in Argentinien dürftigen Absatz haben. Auch Südkorea und Mexiko sollten jetzt argentinisches Frischfleisch zulassen, was bei Mexiko abzuwarten ist, weil dieses Land die eigene Landwirtschaft gerne mit Importlizenzen

schützt, die nicht erteilt werden, wie bei schwarzen Bohnen.

In USA öffnen sich längst neue Absatzmärkte, auch für vorgekochtes Fleisch, das jetzt nicht mehr zu hohen Temperaturen gekocht werden muss. Die Zollsätze sind in USA unlängst von 32% auf 26% gesenkt worden. Auch die Europäische Union hat ihre grotesk hohe Zollbelastung von 20% auf 12%, zuzüglich von über US\$ 4.000 auf US\$ 3.000 je t, gesenkt, wogegen der Zollsatz für verarbeitetes Fleisch immer noch 40% beträgt. Europäische Fleischprodukte wie Schinken und dergleichen werden hier mit maximal 23% verzollt. Die argentinische Sanitätsbehörde SENASA hat dieser Tage wissen lassen, dass europäische Nahrungsmittel einer Sanitätskontrolle unterzogen werden sollen, die aber, wie Sekretär Berhongaray in Paris aufklärte, kein Importverbot mit sich bringen soll. Welcher Art solche Kontrollen sein werden, muss abgewartet werden, zumal bisher die europäischen Sanitätskontrollen genügen. Argentinisches Fleisch wird für den Export nach Europa vor Ort in den Kühllhäusern von europäischen Beamten kontrolliert.

Für Argentinien öffnet sich mit der Pariser Entscheidung die Beteiligung an einem Welthandelsmarkt von Rindfleisch im angenehmen Wert von rund US\$ 10 Mrd. im Jahr, zu dem das Land bisher weniger als US\$ 400 Mio. beiträgt. Bei offenem Zugang zu den Importmärkten und besseren Preisen als bisher kann Argentinien sicherlich den Export fühlbar anheben, wobei in der Folge der Rinderbestand aufgestockt werden sollte, der irgendwo zwischen 50 und 55 Mio. Rindern liegt.

Hinausschiebung der INdeR-Liquidierung

Das staatliche Rückversicherungsinstitut INdeR wurde 1992 formell im Liquidierungszustand erklärt, nachdem es schon seit langem das ganze Vermögen aufgezehrt hatte und hoffnungslos zahlungsunfähig geworden war. Sieben Jahre lang haben sich jedoch das Wirtschaftsministerium und nachher spezifisch die allgemeine Staatssyndikatur SIGEN nicht ernsthaft um diese Liquidierung gekümmert und hingegen nur Probleme geschaffen. Bis sich schliesslich der damalige Präsident Menem der Sache persönlich annahm und den Versicherungsanstalten beim Tag der Versicherung von 1996 feierlich versprach, die

Liquidierung unmittelbar zu beenden und die Schulden des INdeR an die Gesellschaften und Genossenschaften auszahlten. Das genügt jedoch nicht, da sich die zuständigen Beamten nicht um den Fall bemühten; Menem musste sich dann persönlich um die Ernennung eines Liquidators kümmern, Claudio Viale, damit er dies vollziehe. Dieser verpflichtete eine private Consulting-Firma (ICS, Inspection and Control Services), die wiederum erstklassige Versicherungsfachleute für diese Arbeit anheuerte, die in drei Monaten einen vollständigen Vorschlag über die Liquidierung vorlegten. Die Gläubigerunterneh-

men waren im allgemeinen mit der endgültigen Liquidierung einverstanden, obwohl diese schliesslich gewiss nicht grosszügig ausgefallen war. Es fehlte somit nur die effektive Auszahlung, als der Regierungswechsel kam. Hätten sich Wirtschaftsminister Roque Fernández und seine Mitarbeiter etwas mehr um diesen Fall gekümmert, wäre die definitive Liquidierung vor dem 10. Dezember fertig gewesen, wie es Menem wollte. Aber der Minister nahm sich für seine Entscheidungen in dieser Sache eine Zeit, die er eben nicht hatte.

Nach dem Regierungswechsel überzeugten die Bürokraten der SIGEN ihren neuen Chef, Rafael Bielsa, dass der Bericht über die Liquidierung Mängel aufweise, und dass ein neues Liquidierungsverfahren eingeleitet werden müsse. Worauf der Syndikus mit grosser Naivität einging und den Wirtschaftsminister überzeugte, Viale von seinem Amt zu entfernen und von neuem zu beginnen. Das bedeutet nicht nur für die Versicherungsanstalten einen grossen Schaden, sondern auch für den Staat, der weiter für die Kosten der Struktur des INdeR aufkommen muss, die über \$ 300.000 pro Monat ausmachen und die zwei Gebäude des Institutes nicht verkaufen kann.

Die Schulden des INdeR wurden ursprünglich auf über \$ 1,2 Mrd. veranschlagt. Dann war von \$ 700 bis \$ 800 Mio. die Rede. Schliesslich kam ICS jedoch auf einen Betrag von \$ 250 Mio., von dem \$ 100 Mio. in bar (aus dem Fonds, der durch die Sondersteuern auf Prämien gespeist wurde) und \$ 150 Mio. in Wechseln auf 8 Jahre gezahlt werden sollten. Diese Liquidierung enthielt einen starken Abschlag auf die Forderungen und war für den Staat sehr vorteilhaft. ICS führte die Berechnung der Ansprüche der Anstalten unter Anwendung allgemeiner Regeln durch, die gewiss den einen etwas mehr begünstigt haben können als den anderen, jedoch zu einem Ergebnis führte, das von den Anstalten selber als korrekt empfunden wurde.

Jetzt will die Regierung von

zu Rate gezogen werden. Machinea hat hier ein Problem geschaffen, wo keines mehr bestand. Hätte er einfach Viale im Amt belassen und ihm die Zeit gegeben, um den Fall abzuschliessen, wäre er heute schon beim Verkauf der Gebäude angelangt, was der Staatskasse Mittel zuführen würde. So hingegen belastet er den Staat.

Die Versicherungsbranche befindet sich seit Jahren in einer schweren Krise, die besonders durch die Insolvenz des INdeR ausgelöst worden ist. Dieses Staatsmonopol wurde seinerzeit geschaffen, um die lokalen Versicherungsanstalten vor den ausländischen zu schützen. Am Schluss hat es jedoch die bestehenden Gesellschaften und Genossenschaften geschädigt, und den neuen ausländischen die Möglichkeit gegeben, ohne die Belastung der INdeR-Schulden aggressiv auf dem Markt aufzutreten und die lokalen Firmen zu verdrängen. Im letzten Jahrzehnt erlitt die Branche insgesamt Verluste in Höhe von \$ 1,3 Mrd., wobei 114 Versicherungsanstalten aufgaben, durch Konkurs, Fusion, Verkauf des Portefeuilles oder friedliche Liquidierung. In dieser Periode traten zahlreiche neue ausländische Firmen auf, wobei sich die Lebensversicherung besonders stark entwickelt hat. Die Wirtschaftsführung arbeitet gegenwärtig an einer Reform der Rahmenordnung, die durch das Gesetz 20.091 aus dem Jahr 1976 gegeben ist. Das ist bitter notwendig, da inzwischen die Rückversicherung privat ist und die Branche dereguliert wurde. Um der Branche mehr Stabilität zu verleihen und die Versicherten zu schützen, soll jetzt ein Fonds geschaffen werden, der mit \$ 100 Mio. ausgestattet wird und die Versicherten im Fall der Insolvenz einer Versicherungsanstalt auszahlen soll. Der Haken besteht hier darin, dass dieser Betrag angeblich vom Schatzamt bereitgestellt werden soll. Würden die INdeR-Schulden prompt gezahlt, wie es durchaus möglich ist, da die technische Arbeit schon vollendet wurde, dann wäre das Problem mit diesem Fonds nicht so akut.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Mittwoch um 2% auf 445,6, der Burcapindex um 3,3% auf 804,49 und der Börsenindex um 1,6% auf 18.090,59.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 2,8% auf \$ 0,7935.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenbestände der ZB betrugen am 22.5. \$ 25,27 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 13,75 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 25,75 Mrd. bzw. \$ 14,08 Mrd., vor einem Monat \$ 25,41 Mrd. bzw. \$ 13,93 Mrd. und vor einem Jahresdrittel \$ 24,99 Mrd. bzw. \$ 14,83 Mrd.

Der Argentinische Hüttenverband gab die Eisen- und Stahlproduktion im April in 1.000 t und Vergleichszahlen in Prozenten bekannt. An 1. Stelle im Vergleich zum Vormonat, an 2. im Vergleich zum selben Vorjahresmonat und an 3. die Quartalsproduktion Januar/April 2000 und der prozentuelle Vergleich mit dem selben Vorjahresquartal: **Roheisen 321,2/-4,9/+32,1/1.180,6/+47,5; davon Gusseisen 176,5/-11,7/+11,6/720,6/+16,4 und Schwammeisen 144,6/+4,9/+69,6/460,1/+153,5. Rohstahl 379,2/-2,2/+27,5%/1.393,3/+30,4. Warmwalzprodukte 340,5/+7/+8,9/1.295,7/+23,2 davon Profile und nahtlose Rohre 151,5/-7,3/+17,4/573,5/+41,0 und Bleche, Bänder und Produkte zur kaltgewalzten Nachbearbeitung 189,1/+22,0/+2,9/722,2/+11,9. Kaltwalzprodukte ausgenommen die vorher genannten 76,9 -34,8/-35,8/430,2/-2,3**

J.L. Lizurume, Gouverneur von Chubut, erklärte, Präsident de la Rúa habe ihm telefonisch versichert, das die Steuerbefreiung des Benzins in Patagonien, das dadurch in diesem Südgebiet beinahe die Hälfte kostet, nicht geändert wird.

Das Stromverteilungsunternehmen Edelap, das den Raum La Plata beliefert, erhöht die Tarife vom 1.5. bis einschliesslich August um 10% bis 14%. Als Grund wird die Preiserhöhung ihrer Stromlieferanten angegeben.

Der Beschluss 241/00 des Landwirtschaftssekretariats regelt den Fang des durch Überfischung bedrohten Seehechtes Merluza Hubbsi. Tiefkühl Schiffen wird er untersagt. Die herkömmlichen Fischkutter, die vorwiegend von Mar del Plata auslaufen, dürfen nur fischen, wenn ihre Beförderungskapazität 5.500 Kisten

Fisch nicht überschreitet.

Die Zahl der im Handel Beschäftigten lag 1999 um 33% unter dem Stand von 1991. CAME (Coordinadora de Actividades Mercantiles Empresarias) führt de Rückgang auf die Niederlassung der Supermärkte zurück. 1991 gab es demnach 2,54 Mio. Handelsangestellte, 1999 1,69 Mio.

Die Meldung, dass die Vigilgruppe sich aus der Führung des Verlagshauses Atlántida zurückgezogen hat (AT. 20.5.) wurde richtiggestellt. Im Verlagshaus, das u.a. die Zeitschriften Gente, Para Ti, Billiken und Negocios herausgibt, verbleibt die Familie Vigil absolute Hauptanteilseignerin. Hingegen tritt sie ihre restliche Beteiligung an der ehemaligen AtCo ab. Es sind die Beteiligungen an Telefé, Radio Continental und anderen Sendern im Landesinneren. Constanancio Vigil und Víctor González führen den Verlag, aus dem Telefónica ausgeschieden ist.

Nach der faktischen Übernahme der US-Beteiligung (Ogden) an der Flughafenkonzessionärin Aeropuertos 2000 ist die Eurnekiangruppe Mehrheitspartner. Exxel hingegen hat die Konzession für die Duty free shops und die Zollager, die 2008 abläuft. Exxel will sie verlängern, Eurnekian nicht. In dem harten Tauziehen hat Eurnekian jetzt bekanntgegeben, dass mit der Schweizerischen Weintauer, die diese Shops in der Schweiz betreibt, bereits eine Absprache erreicht wurde.

Die Firma Mutisia aus San Carlos de Bariloche, die seit 52 Jahren Marmeladen handwerklich und ohne chemische Zusätze herstellt, hat begonnen 2.000 kg ihrer Erzeugnisse an die Ostküste der USA zu exportieren. Das einzige Problem, das sich G. Guerrero, Inhaber und Leiter des Familienbetriebes, stellt ist, dass der US-Markt Mindestversicherungen fordert, die für sein Unternehmen riesig sind.

Das Immobilienunternehmen Irsa gab einen Plan für den Rückkauf von Obligationen für US\$ 91 Mio. bekannt. Über UBS Warburg wird für 100% der 2003 fälligen Obligationen mit 4,5% Rendite eine Prämie von 24,1% geboten. Die grössten geplanten Vorhaben von Irsa sind Wohn-, Geschäfts-, Hotel- und Bürobauten auf dem 1997 erworbenen 700.000 qm grosse Gelände der gescheiterten Sportstadt von Boca Juniors und die 7 ha Hafengebiet von Retiro, dem ehemaligen Tandanorgelände, wo mit rd. US\$ 500 Mio. Investition die Finanzzentrale der Stadt geschaffen werden soll. Die Verordnungen zur Ermöglichung der Baubewilligen stehen noch aus.

Repsol YPF machte bei einer öf-

fentlichen Anhörung Vorschläge, die Verringerungen der Erdgaspreise um etwa 6% für 500 kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes) bedeuten können, die starke Gasverbraucher sind. Grundlage sei die ganzjährige Abnahmeverpflichtung gleicher Gasmengen, wobei der Käufer nicht benötigte Gaslieferungen am Spotmarkt verkaufen kann. Industrie und Gewerbe verbrauchen im Jahresdurchschnitt rd. 60 Mio. cbm Erdgas.

Die US-Firma Vintage Petroleum gab bekannt, dass der Oberste Gerichtshof Argentiniens in ihrem Abgaben-Rechtsstreit mit der Provinz Santa Cruz zu ihren Ungunsten entschieden hat. Bisher zahlte Vintage 8%, die Justiz entschied jedoch, dass sie 12% ihrer Einnahmen an die Provinz abgeben muss. Im Juni 99 hatte Vintage 70% der El Huelmul-Lager im Erdölbecken des San Jorge Golfes für US\$ 129 ihrer Einnahmen an die Provinz abgeben muss. Im Juni 99 hatte Vintage 70% der El Huelmul-Lager im Erdölbecken des San Jorge Golfes für US\$ 129 ihrer Einnahmen an die Provinz abgeben muss. Im Juni 99 hatte Vintage 70% der El Huelmul-Lager im Erdölbecken des San Jorge Golfes für US\$ 129 ihrer Einnahmen an die Provinz abgeben muss. Im Juni 99 hatte Vintage 70% der El Huelmul-Lager im Erdölbecken des San Jorge Golfes für US\$ 129 ihrer Einnahmen an die Provinz abgeben muss.

Die argentinische Schuhindustrie will mit Brasilien ein Warenaustauschabkommen treffen. Die bestehende Vereinbarung läuft Ende Juni ab. Die in der CIC (Cámara de la Industria del Calzado) vereinten argentinischen Hersteller wollen von ihren brasilianischen Kollegen eine wert- und paarmässig im Verhältnis gleichartige Beschickung der beiden Märkte.

Die Hypothekenbank hat für das 1. Quartal \$ 571,6 Mio. Verlust angegeben, \$ 3,81 pro Aktie, bzw. eine Vermögensverringerung von \$ 2,48 Mrd. auf \$ 1,9 Mrd. Ursache sei die Abschreibung uneinbringlicher Darlehen, die vor 1991 gewährt wurden.

M. Bein, Staatssekretär für Wirtschaftsplanung, gab bekannt, dass nach vorläufigen Angaben die Umsätze der Supermärkte im April zu ersten Mal in mehr als einem Jahr wieder zunahmen. In laufenden Preisen betrug die Zunahme 4,1%, in konstanten Preisen (verkaufte Mengen) betrug sie 7,8%. Das Jahresdrittel weist in laufenden Preisen noch einen Rückgang von 1% aus, in konstanten Preisen jedoch eine Zunahme von 3,1%. Auf Anfrage erklärte der Staatssekretär, dass die Unterschiede bei den vom Statistikamt und der Fiel Stiftung veröffentlichten Industrie-Produktionszahlen auf verschiedene Bemessungsgrundlagen zurückzuführen seien. Die Einnahmen der Kfz-Produktion auf Kosten der Erdölraffinerie ein grösseres Gewicht. Die Raffinerie von Luján de Cuyo, die landesweit 20% des Erdöls raffiniert, wurde im April wegen Instandhaltungsarbeiten stillgelegt, was diesen Produktionsindex beeinflusste.

Die Risikoprämie des Landes stieg leicht. Nach dem EMBI-Index der J.P. Morganbank stieg er von 560 Punkten Anfang Mai auf 766. Als Vergleich stieg der globale EMBI-Index von 776 im Mai auf nun 901 Punkte.

Für die Unterbringung von Schatzscheinen zahlte Argentinien in dieser Woche den höchsten Schnittsatz seit Juli 99: 8,68% für 91 Tage. Das sind auf Jahresbasis 8,87% bzw. 205 Basispunkte über Libor. Ohne Beteiligung der offiziellen Banken gab es 89 Angebote für US\$ 1,05 Mrd., 4,19 mal den ausgeschriebenen Betrag, was eine grosse Liquidität zeigt.

Die erste Unterbringung des Jahres von argentinischen Staatspapieren in Japan, für einen Gegenwert von US\$ 562,5 Mio., zahlte in Dollar 12,64% bzw. 590 Basispunkte über T-Bonds. Am 17.12.99 hatte Argentinien 11,6% bzw. 549 Basispunkte über T-Bonds bezahlt.

AFIP-Direktor Silvani sprach sich für die Privatisierung des Steuerinkassos aus, da sie die Effizienz erhöhen würde. Kabinettschef Terragno vertrat die gleiche Ansicht. Die Steuerausstände erreichten \$ 8 Mrd. Die Konzessionierung des Inkassos könnte die geplanten Sparmassnahmen für \$ 600 Mio. ersetzen. Er erwarte, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die in- und ausländische Ausschreibung der Inkassos gerichtlich bestätigter Steuerforderungen geschaffen werden.

Die britische National Grid Group, die in Argentinien das Stromtransportunternehmen Transener besitzt, hat sich mit der chilenischen Telefónica Manquehue und der US-Firma Williams Communications in der Southern Cone Communications Company zusammengeschlossen, um gemeinsam ein 4.300 km langes Breitband-Glasfasernetz zwischen Argentinien und Chile zu legen. Das US\$ 220 Mio.-Vorhaben soll 2001 funktionstüchtig sein. Die Städte Buenos Aires, Las Toninas, Rosario, Córdoba, Mendoza, Neuquen, Santiago de Chile und Valparaiso sollen miteinander und mit zu legenden Unterwasserkabeln für den internationalen Verkehr verbunden werden. 50% des Kapitals von US\$ 123 Mio. stellt National Grid, Manquehue 30,1% und Williams 19,9%.

C. Silvani, Direktor des Amtes für Öffentliche Einnahmen (AFIP) gab bekannt, dass die 1.071 grössten Steuerschuldner bereits im Internet zu finden sind. Gegen sie laufen 506 Strafanzeigen wegen Hinterziehungen von 895,08 Mio. Ausserdem seien 150.301 Vollstreckungen für rd. \$ 2,2 Mrd. zu sehen. Keiner sei ein kleiner Schuldner und kein Betrag liege unter \$ 200.000. Im Website <http://www.afip.gov.ar> seien die Angaben auf der Hauptseite unter „Incumplimiento de Obligaciones“ zu finden. Bei der Eingabe der Schuldner in das Web-site konnten 80.000 gefälschte Rechnungen entdeckt werden.

Betreiber bzw. Konzessionäre von Frachtzügen, Post und Flughä-

fen schulden dem Staat Abgaben für \$ 200 Mio. zum Teil seit 1995. Der Flughafenkonzessionär, der zu \$ 172 Mio. Jahresgebühr verpflichtet ist, hat nie die komplette Abgabe bezahlt und schuldet über \$ 50 Mio. Nach letzten amtlichen Zahlen schulden bei den Bahnen: Ferroexpreso Pampeano \$ 4,2 Mio., BAP und Mesopotámico \$ 18,5 Mio., NCA \$ 15,4 Mio. und Ferrosur \$ 4,5 Mio. Dazu kommen nicht bezahlte Bussen von \$ 10 Mio.

In der Provinz Buenos Aires sind die Alianza- und PJ-Fraktionen einstimmig übereingekommen, im Provinzparlament harte Sparmassnahmen umzusetzen. Die Gehälter des ständigen Personals sollen unverändert bleiben, die Diäten der Gesetzgeber jedoch um 20% und jene des Personals der Fraktionen um 10% gekürzt und damit \$ 32 Mio. gespart werden. Über die Spesen und Kostenvergütungen, die jedes der 138 Provinzparlamentsmitglieder erhält, muss noch entschieden werden. Das Budget des Provinzparlamentes beträgt in diesem Jahr \$ 188 Mio., 1,72% des Provinzbudgets. Ein Provinzabgeordneter hat ein Monatsgehalt von \$ 8.000, das auf \$ 6.400 schrumpfen würde. Ein Provinzsenator hat eine Entlohnung (Gehalt und Repräsentationsspesen) von \$ 9.600.

Die Alianza-Fraktion im Bundesparlament hat sich Wirtschaftsminister Machinea gegenüber verpflichtet, dass die Vorlage zur Bekämpfung der Hinterziehungen von Steuern und Sozialabgaben in der kommenden Woche angenommen wird. Desgleichen soll die Statutenänderung, um die Banco de la Nación zum Kreditgeber für kleine und mittelständische Betriebe (Pymes) zu machen, abgeschlossen werden.

R. Peppi, Koordinator im Planungssekretariat des Verteidigungsministeriums erklärte auf Anfrage, dass Argentinien weder plane die an Lockheed konzessionierte ehemalige Flugmaterialfabrik in Córdoba zu schliessen, noch die Konzessionärin erwäge, das Land zu verlassen. Die Konzession der Luftwaffe an Lamasa (Lockheed Martin Aircraft Argentina SA) von 1995 wurde auf 25 bis 30 Jahre vergeben und schloss die Umrüstung von 36 in USA erworbenen Kampfflugzeugen A4AR ein. Allerdings bestünden Budgetschwierigkeiten für das 2. Halbjahr.

Das Steueramt wird die Forderungen nach Garantiestellungen für Investitionen durch Steueraufschübe begünstigten Unternehmen verschärfen. Damit soll Machenschaften ein Riegel vorgeschoben werden, die den Staat, \$ 1 Mrd. im Jahr kosten. Seit Jahren versuchen die Wirtschaftsführungen, diese Steueraufschübe einzuschränken, doch werden sie vom Parlament als Regionalentwicklung immer wieder gewährt. Der 75 Seiten lange Beschluss regelt auch das Inkasso der nach Ablauf der Stundungsfristen unbezahlten Steuern.

Ein von Aguas Argentinas unterbreiteter Plan sieht für 2000/04 Investitionen von US\$ 1,06 Mrd. für 17 Gemeindebezirke von Gross Buenos Aires vor. Einige Gebühren sollen ermässigt werden und eine Subvention von US\$ 4 Mio. im Jahr für die Wasserver- und -entsorgung der mittellosen Bevölkerung gewährt werden. Die allgemeinen Gebühren würden 2001 bis einschliesslich 2003 um 2,3% im Jahr erhöht werden. Der Vorschlag soll anlässlich der öffentlichen Anhörung am 8.6. vorgebracht werden. Von

den US\$ 1,06 Mrd. sollen US\$ 451 Mio. in zusätzliche Wasserver- und -entsorgungsnetze investiert werden, US\$ 142 Mio. in die Sanierung des La Platastromes, US\$ 329 Mio. in Instandsetzung und Erneuerung bestehender Dienstleistungen und US\$ 141 Mio. in den Kauf neuer Maschinen und Anlagen.

10% der Pakete, die die Post 2001 befördern wird, werden Internetaufkäufe sein, wie Sprecher der Macrigruppe (dem Postkonzessionär) schätzen. Das Amt des Ombudsmannes erklärt, in der 1. Welt habe sich die Paketzustellung in den letzten 2 Jahren durch das e-business verdreifacht. Deshalb ermittle das Amt bereits über die Betriebstüchtigkeit der Post. Die meisten Empfängerbeschwerden bezögen sich auf bestohlene oder verschwundene Sendungen, ohne dass die privatisierte Post ein zufriedenstellendes Kontrollsystem vorgestellt habe.

Carrefour hat bei der Stadtverwaltung von Tucumán 2 Vorhaben eingebracht, die geprüft werden. Eines sieht die Errichtung eines Supermarktes mit 13.500 qm Verkaufsfläche auf einem 40.000 qm grossen Gelände für US\$ 15 Mio. vor. das andere, für US\$ 13 Mio., plant einen Supermarkt, ein Shopping und einen Parkplatz für 1.100 Kfz. In Tucumán werden nur Verkaufslöke bis 2.400 qm zugelassen.

Die Stadtregierung von Buenos Aires arbeitet am Plan für dein U-Bahnnetz mit dem die derzeitige Schienenlänge bis 2010 auf 100 km verdoppelt werden soll. Die A-Strecke soll bis Flores verlängert werden, die B-Strecke bis Villa Urquiza und die D- und E-Strecken bis Retiro. Die neue

H-Strecke soll Pompeya mit Retiro verbinden und die I-Strecke Belgrano mit Parque Chacabuco. Die F-Strecke würde Constitución mit Barracas verbinden und die J-Strecke Parque Centenario (under den Estado de Israel- und Cordoba Strassen) mit der Stadtmitte. Die Investition würde \$ 2 Mrd. betragen und ermöglichen, dass 70% der Stadtbewohner nicht mehr als 6 Strassen von einer U-Bahnstation leben.

Repsol YPF hat in Barrosa Norte, Neuquén, nahe den Funden von Loma de la Lata, ein neues Erdgaslager mit bestätigten Reserven von 3 Mrd. cbm entdeckt. Die ersten Bohrungen ergaben 1 Mio. cbm Gas pro Tag auf 2.400 m Tiefe, die mit Öl an die Oberfläche kommen. Die angenommenen Reserven liegen bei 6 Mrd. cbm.

Kabinettschef Terragno will aus Eigenem gegen AFIP-Chef Silvani wegen MwSt.-Ausfuhrrückerstattungen von über \$ 12 Mio. an die Yomagruppe ermitteln. Der Anspruch auf die Rückerstattungen waren in dem Kreditvertrag mit der Banco de la Nación festgelegt.

Rd. 9 Monate nach dem Unfall einer Lapa-Flugmaschine in Aeroparque, hat das Gericht Pfändungen von \$ 60 Mio. gegen Mitglieder der Unternehmensführung verhängt. Die Einvernahmen wurden für den 6.6. angeordnet.

Die Exxel Group hat einen Minderheitsaktionär des Flughafenkonzessionärs Aeropuertos Argentinos 2000 erworben. Die Kapitalbeteiligung beträgt 3,3%.